

Stellungnahme zur Zukunft der Forschungsstelle »Koloniales Erbe« in Hamburg

Seit 2014 untersuchen Historiker:innen in der Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniales Erbe / Hamburg und die frühe Globalisierung« Verbindungen der Städte Hamburg und Altona mit der Kolonialgeschichte. Die Einrichtung ist eine von nur wenigen in Deutschland, in denen die Forschung und Lehre zu kolonialgeschichtlichen Themen strukturell verankert ist. Ihre Forschungsbeiträge haben in den vergangenen Jahren wichtige Impulse in wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Debatten gesetzt.

Ob die Forschungsstelle eine Zukunft haben wird, ist derzeit ungewiss. Ihre Finanzierung durch die Stadt Hamburg läuft im Oktober 2024 aus. Schon im Jahr 2023 musste sie eine empfindliche Reduzierung der Mittel hinnehmen. Dies betraf leider auch den besonders wichtigen Bereich der Kooperation mit Gastwissenschaftler:innen aus vormals kolonisierten Weltregionen. Ob die Forschungsstelle in ein neues Zentrum zur kolonialhistorischen Forschung überführt werden kann, wie es Teile der Hamburger Bürgerschaft wohl anstreben, ist ungewiss. Sollte sich dafür keine Lösung finden, müsste die Forschungsstelle Ende 2024 schließen – ausgerechnet zum 120. Jahrestag der Berliner Kongokonferenz.

Im Arbeitskreis »Weltregionale und Globale Geschichte« im Verband der Historikerinnen und Historiker Deutschlands (VHD) beobachten wir diese Entwicklung mit Sorge. Unser Arbeitskreis setzt sich dafür ein, die Geschichte von Weltregionen außerhalb Europas und der globalen Verflechtungen stärker in die akademische Forschung, in die schulische Bildung und in gesellschaftliche Debatten einzubeziehen. Wir sind überzeugt: Die multiplen Krisen und Herausforderungen der Gegenwart lassen sich nicht verstehen, ohne ihr historisches Gewordensein in Szenarien kolonialer Herrschaft zu kennen – seien es die biosphärische Katastrophe oder die Fluchtmigration über das Mittelmeer, der Umbruch der internationalen Ordnung oder der um sich greifende Rassismus. Mehr denn je sind die Universitäten, die Länder, die Kommunen und der Bund gleichermaßen gefordert, die Forschung zur Kolonialgeschichte auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen, die nicht den wechselhaften politischen Konjunkturen unterworfen ist.

Der Vorstand

Dr. Mara Albrecht, PD Dr. Eva Bischoff, Prof. Dr. Albrecht Fuess, Prof. Dr. Sebastian Jobs,
Prof. Marcia C. Schenck, PD Dr. Frederik Schulze, Dr. Felix Schürmann